

Greenpeace Münster:

Wahlkompass zur Bundestagswahl 2013

Hubertus Zdebel (Bundestagskandidat DIE LINKE im Wahlkreis Münster)

1. Sind Sie für einen vollständigen Atomausstieg bis 2015?

Ja, ich streite für einen unverzüglichen und unumkehrbaren Atomausstieg. Der Kraftwerkspark in Deutschland ist derart überdimensioniert, dass statt der beschlossenen acht sofort elf Atomkraftwerke vom Netz gehen können – ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Ein vollständiger Atomausstieg ist bis zum Ende des Jahres 2014 technisch machbar. Statt durch lange Laufzeiten von AKWs eine Hintertür für deren Weiterbetrieb offen zu halten, muss der Atomausstieg im Grundgesetz verankert und damit unumkehrbar gemacht werden. Auf Antrag der LINKEN im Stadtrat Münster werden die Stadtwerke sogar noch vor dem aktuellen Ausstiegstermin der Bundesebene Atomstromfrei sein.

2. Setzen Sie sich für eine rasche Schließung der UAA in Gronau ein?

Ja, ich will, dass alle Anlagen, die zur Atomwirtschaft gehören, abgewickelt werden. Dazu gehört insbesondere die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau. Betrieben wird sie von dem Urenco-Konzern, der in Großbritannien seinen Hauptsitz hat. Die deutschen Anteilseigner sind die Energieriesen RWE und EON. Beide wollen ihre Urenco-Anteile verkaufen. Offen ist allerdings, wer zu den möglichen Käufern gehört und wer letztlich den Zuschlag bekommen wird. Ich übe scharfe Kritik an den Verkaufsplänen und fordere schon seit Jahren grundlegend die sofortige Stilllegung der Anlage: Damit in Gronau kein weiterer Atomunfall passieren kann, damit nicht ständig weiterer Atommüll produziert wird und damit die brennende Anreicherungsstechnik nicht noch weiter verbreitet wird. Die Zentrifugentechnik, mit der in Gronau das Uran verarbeitet (also angereichert) wird, kann zur Produktion von Uran für Atomkraftwerke, aber auch zur Produktion von Atomwaffen genutzt werden. Während die damalige rot-grüne Landesregierung den Ausbau der UAA beschlossen hat und die jetzige rot-grüne Landesregierung lieber stillhält, so dass weiterhin Urantransporte mit Sonderzügen und LKW das Land durchqueren, beteiligt sich DIE LINKE an den Protesten vor Ort. Ob in Gronau, Ahaus, Lingen und auch Münster – Atomausstieg bleibt Handarbeit!

3. Halten Sie den Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien bis 2050 für möglich und setzen Sie sich dafür ein?

Ja, ich möchte, dass der Umbau der kompletten Energieversorgung auf 100 % Erneuerbare Energien bis spätestens 2050 vollzogen wird. Für den Stromsektor gilt dies bereits zehn Jahre früher, schon 2020 soll die Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren Energien gewonnen sein. Für diese Ziele muss auch Energie eingespart werden. Durch einen Mix aus strikten Grenzwerten, gezielter Förderung und den Abbau alter Privilegien für Energiefresser wollen wir den Energieverbrauch bis 2050 halbieren. In einem Energieeffizienzgesetz sollen verbindliche Zwischenziele formuliert werden.

4. Setzen Sie sich für eine dezentrale Stromversorgung aus einem Strommix aus Erneuerbaren Energien und effizienten Gasanlagen (als Brückentechnologie) ein?

Ja, meine Partei - DIE LINKE - steht für eine vorrangig dezentrale Erzeugung, die mit notwendigen zentralen Elementen ergänzt werden muss. Dabei sollten Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen künftig eine deutlich größere Rolle spielen als bislang (Rekommunalisierung, Stadtwerke und Energiegenossenschaften). Gasanlagen dienen dabei bis zum Erreichen von 100% erneuerbaren Energien als Alternative zu Atom, Kohle und anderen fossilen Energieträgern. Damit die Energiepreise bezahlbar sind, wollen wir unberechtigte Industrie-Rabatte bei der EEG-Umlage abschaffen. Die im EEG formulierten Kriterien für diese Industrieprivilegien sollen verschärft, weiter verbleibende Ermäßigungen an eine Energieeinsparpflicht gekoppelt werden.

5. Sollten nur Agrotreibstoffe aus Biomasseresten und Nebenprodukten subventioniert werden?

Ja, die vorhandenen Ressourcen und Flächen sollten in erster Line für Nahrungsmittelproduktion genutzt werden. Auch Bracheflächen und naturbelassene Gebiete sind dem Anbau von sogenannten Energie-Pflanzen vorzuziehen.

6. Sollte Fracking generell verboten werden?

Ja, DIE LINKE sagt: Stoppt Fracking! Fracking ist mit unverantwortlichen Risiken für Bevölkerung und Umwelt, insbesondere für das Trinkwasser, verbunden.

An vielen Orten laufen die Betroffenen Sturm gegen Fracking. In den USA, in Kanada, in Südafrika und in der Schweiz liegen nach großen Protesten Fracking-Vorhaben auf Eis. In Frankreich soll Fracking vollständig verboten werden. In Deutschland – auch im Münsterland - haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen gegründet, die gemeinsam mit Betreibern von Wasserwerken und Umweltverbänden gegen Fracking protestieren. Wir solidarisieren uns mit diesen Protesten !

Ein Moratorium – wie es Grüne und SPD wollen und NRW umgesetzt hat – reicht wegen mangelnder Rechtssicherheit nicht aus. Nur Fracking mit giftigen Chemikalien zu verbieten, ignoriert die verbleibenden beträchtlichen Risiken. Deswegen fordern wir ein Verbot aller geplanten Fracking-Vorhaben. Außerdem ist DIE LINKE gegen die Verklappung des giftigen Flow-Backs und des Lagerstättenwassers im Untergrund. Der bestehende Rechtsrahmen ist meiner Meinung nach völlig unzureichend, um umfassende Beteiligungsrechte sicherzustellen und die Belange der

Betroffenen und der Umwelt angemessen zu berücksichtigen. Die Behörden arbeiten intransparent und kugeln mit den Gaskonzernen. Das Bergrecht muss reformiert werden, um umfassende demokratische Mitentscheidungsrechte zu sichern und den Interessen von Umwelt und Menschen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen einzuräumen.

7. Sind Sie gegen die Genehmigung weiterer Kohlekraftwerke?

Ja, meine Partei will ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken in einem Kohleausstiegsgesetz – angelehnt an einen Gesetzesentwurf von Greenpeace – festschreiben. Im Rahmen des Kohleausstiegsgesetzes wollen wir auch feste Restlaufzeiten für bestehende Kohlekraftwerke festschreiben. Das letzte Kohlekraftwerk soll bis spätestens 2040 vom Netz gehen. DIE LINKE ist auch gegen den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen. Wir wollen daher ein Verbot neuer Tagebaue in einem Kohleausstiegsgesetz festschreiben und das Bergrecht grundlegend ändern

8. Befürworten Sie, dass 5% der Landesfläche bis 2020 aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen und gesetzlich geschützt wird?

Ja, DIE LINKE unterstützt die Umsetzung einer Biodiversitätsstrategie. Eine naturnahe Entwicklung insbesondere auf 5 % der Waldfläche, inklusive der Privatwälder, ist wichtig.

9. Unterstützen Sie die Einrichtung eines Nationalparks in Ostwestfalen-Lippe?

Ja, DIE LINKE möchte einen Nationalpark Teutoburger Wald. Die übergroße Mehrheit der Menschen in der Region wünscht sich diesen Nationalpark. Einige Waldbesitzer stellen sich jedoch quer, allen voran der Prinz zu Lippe, dessen Waldbesitz sich pikanterweise unter anderem auf frühere Allmende - Gemeindewälder - gründet. Ein weiteres, riesiges Gebiet – prädestiniert für einen Nationalpark – befindet sich in der Nachbarschaft: Das seit über 100 Jahren als Truppenübungsplatz genutzte Gelände in der Senne zwischen Paderborn und Augustdorf. Auch hierfür fordert DIE LINKE gemeinsam mit Naturschützern seit Jahren die Umwandlung in einen Nationalpark.

10. Sind Sie für altersstrukturierte Laubmischwälder und gegen Fichten- und Kiefernmonokulturen im öffentlichen Wald?

Ja, ich setze mich für den Erhalt natürlicher Wälder und die nachhaltige Nutzung des heimischen Rohstoffes Holz ein. Gleichzeitig bekennen wir uns zur naturnahen Waldbewirtschaftung mit einer Mischung aus integrativen und segregativen Elementen. Dazu gehört auch, bestimmte Waldbereiche von der Nutzung auszunehmen. In der Biodiversitätsstrategie wurden als Zielzahlen zehn Prozent

der öffentlichen und fünf Prozent des Gesamtwaldes festgelegt. Neben der naturnahen integrativen Bewirtschaftung würde durch diese nicht genutzten Flächen ein wichtiger Beitrag zum Artenschutz und zum Klimaschutz geleistet.

11. Halten Sie eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft mit Fruchtfolge für sinnvoll?

Ja, der Ökolandbau ist die umweltverträglichste Landbewirtschaftung in Deutschland. DIE LINKE hält es für sinnvoll, Ökolandbau gerade in ökologisch sensiblen Gebieten zu fördern. Darüber hinaus unterstützen wir das Ziel eines 20-prozentigen Anteils der Ökolandwirtschaft an der gesamten Landwirtschaft. Von diesem Ziel sind wir in Deutschland noch weit entfernt, obwohl immer mehr Menschen Bio-Lebensmittel kaufen. Gleichzeitig ist die ökologische Erzeugung im Gemeinwohlinteresse, denn sie ist die Form der Landwirtschaft, die besonders viel Leistungen zum Erhalt der biologischen Vielfalt in landwirtschaftlichen Ökosystemen erbringt und besonders gewässer- und klimaschonend wirtschaftet. Die Belastung der Umwelt durch Pestizide und Nährstoffe ist von allen Produktionsformen der Landwirtschaft beim Ökolandbau die geringste. Aus diesen Gründen nimmt der Ökolandbau für DIE LINKE einen hohen Stellenwert ein. Wir fordern daher in der Bundespolitik einen Aktionsplan Ökolandbau. Allerdings müssen auch in der konventionellen Landwirtschaft regionales Wirtschaften, Vielfalt auf Acker und im Stall sowie umweltschonende Verfahren voran gebracht werden.

12. Unterstützen Sie den vegetarischen Donnerstag in Münster?

Ja, meine Partei spricht sich für eine Reduzierung des aktuell sehr hohen Fleischkonsums aus und hat daher den Antrag zum Vegetarischen Donnerstag in Münster mit in den Stadtrat eingebracht und von Anfang an unterstützt. Eine stärker pflanzlich orientierte Ernährung ist gut für Gesundheit, Umwelt, Klima, Tiere und für die Sicherstellung von globaler Ernährungssicherheit. Der Bevölkerung und vor allem den Kindern in Schulen und Kitas sollen leckere fleischlose Alternativen aufgezeigt werden. Fleischlose Tage in öffentlichen Speiseeinrichtungen könnten zu positiven Erfahrungen mit vegetarischer/veganer Kost genauso beitragen wie gemeinsam vegetarisch und vegan kochen zu lernen. Leider hat die SPD in Münster die Förderung für den Veggie-Tag ersatzlos gestrichen – aber DIE LINKE wird auch weiterhin das Projekt unterstützen und sich für eine langfristige finanzielle Förderung einsetzen.

13. Sind Sie für eine klare und einheitliche Deklaration von vegetarischen und veganen Produkten?

Ja, ich fordere eine klare, wahre und verständliche Lebensmittelkennzeichnung. Daher müssen »vegetarisch« und »vegan« gesetzlich so definiert werden, dass Täuschung oder Irreführung nicht möglich und die Begriffe für Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehbar sind. Es soll allen Verbraucherinnen und Verbrauchern möglich sein, selbstbestimmt zu leben und ihre Nahrungsmittel einzukaufen. Inhaltsstoffe tierischer Herkunft in Lebensmitteln sollten aufgrund ihrer ethischen,

ökologischen und ggf. auch gesundheitlichen Bedeutung klar gekennzeichnet sein.

14. Sind Sie gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen im Münsterland?

Ja, DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab, da sie dem Umwelt- und Verbraucherschutz widerspricht. Sie ist volkswirtschaftlich teuer und nutzlos. Sie vertieft die bereits bestehenden Abhängigkeiten zwischen der Landwirtschaft und den Saatgut- bzw. Agrarkonzernen. Gentechnikfreie Regionen sollten unterstützt werden. Ziel bleibt ein gentechnikfreies Europa. Das nationale Gentechnikgesetz ist zu verschärfen und die Regelungen zum Standortregister sind zu erweitern. Die Kontrollbehörden der Bundesländer sind personell zu stärken. DIE LINKE spricht sich für die Nulltoleranz aus, d. h. z. B. gentechnikfreies Saatgut muss auch weiterhin gentechnikfrei sein. DIE LINKE lehnt jeden Schwellenwert über der technisch machbaren Nachweisgrenze ab. Die so genannte »Kennzeichnungslücke« bei Produkten von Tieren gilt es zu schließen, wenn die Tiere mit Gentech-Futter gefüttert wurden. DIE LINKE spricht sich weiterhin gegen die Patentierung von Tieren, Pflanzen, Genen und anderem Leben aus.

15. Halten Sie es für sinnvoll, 40% der Weltmeere unter Schutz zu stellen?

Ja, der Schutz der Aqua-Ökosysteme ist nicht nur sinnvoll, sondern absolut notwendig, um das globale Ökosystem zu erhalten. Insbesondere die aktuelle erprobte Öl- und Gasförderung in der Arktis würde enorme Umweltschäden verursachen und global zum Klimawandel beitragen. DIE LINKE setzt sich daher z.B. für ein UN-Abkommen zum Schutz der Arktis ein, das die Ausbeutung der arktischen Ressourcen verhindert.

16. Halten Sie eine bessere Kennzeichnung von Fischprodukten im Supermarkt für notwendig?

Ja, aus den Kennzeichnungen muss verlässlich und nachprüfbar erkennbar sein, um welche Fanggebiete und Fangmethoden es sich bei dem Produkt handelt. Noch wichtiger als eine bessere Kennzeichnung ist für DIE LINKE jedoch die Durchsetzung von sehr viel geringeren Fangquoten und deren klare Durchsetzung. Die Meere sind stark überfischt und hier helfen nur strengere Regeln, klare Kontrolle und weniger Fischkonsum.

17. Sind Sie dafür, die Benutzung von Plastiktüten unattraktiver zu machen, um unnötigen Müll zu vermeiden?

Ja, auch wenn Plastiktüten nicht das größte und wichtigste Umweltproblem sind, wäre ein Umstieg auf Stoffbeutel oder andere Trage- und Transportmittel keine Qualitätseinbuße. Allerdings soll dann auch konsequent die Ausgabe von Plastiktüten in Supermärkten und im Einzelhandel untersagt

werden, da Maßnahmen zum »unattraktiver machen« zu viel Aufwand im Vergleich zum Umweltschutzeffekt hätten.

18. Befürworten Sie, dass Deutschland langlebige Produkte fördert und der Industrie klare Vorgaben für die Mindestlebensdauer eines Produktes vorschreibt?

Ja, DIE LINKE fordert gesetzliche Regelungen, um zum einen das absichtliche Verkürzen der Lebensdauer zu unterbinden und zum anderen die Reparaturfähigkeit und Wiederverwertbarkeit zu steigern. Ziel muss dabei ein vollständiger Rohstoffkreislauf mit primär regionalen Wirtschaftskreisläufen sein. An vorderster Stelle muss stehen, die Wiederverwendung und das hochwertige Recycling von Materialien deutlich zu stärken sowie die geplante Obsoleszenz, also die absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten zu verhindern. Das System der Produktverantwortung, welches bislang nur bei Verpackungen und Elektrogeräten existiert, sollte qualifiziert und auf andere Produkte ausgeweitet werden. Hersteller sollen verpflichtet werden, ihre Produkte nach ihrer Lebensdauer zurück zu nehmen, zu recyceln und vor allem auch zerstörungsfrei demontierbar zu machen. In Verbindung mit verlängerten Gewährleistungspflichten sollte dies dazu führen, dass Produkte langlebiger werden und Kundinnen und Kunden sie viel öfter als heute zur Reparatur bringen, anstatt sie wegzuwerfen. Die Reparaturfähigkeit muss durch Modularisierung, Standardisierung und vorgeschriebene Mindestvorhaltezeit von Ersatzteilen erhöht werden. Auf kommunaler Ebene können öffentlich zugängliche Werkstätten den BürgerInnen ermöglichen, unter fachkundiger Hilfe ihre Produkte selbst zu reparieren. Gleichzeitig können über Pilotprojekte tragfähige Konzepte entwickelt werden, wie Gebrauchsgüter nicht mehr im individuellen Besitz sein müssen, sondern gemeinschaftlich genutzt werden können.

19. Sind Sie für ein Verbot von Rüstungsexporten?

Ja, DIE LINKE ist im Bundestag die einzige Partei, die ein gesetzliches Verbot von allen Rüstungsexporten fordert und dafür streitet. DIE LINKE unterstützt die Forderung, ein Verbot von Rüstungsexporten in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festzuschreiben. Rüstungsexporte begünstigen immer Krieg, Zerstörung und Tod. Denn sie schaffen erst die Voraussetzung für gewaltsame Konflikte. Auch durch deutsche Rüstungsexporte wurden unzählige Konflikte zugespitzt und repressive Staaten befähigt, ihre Bevölkerung zu unterdrücken. Wir fordern ein gesetzliches Verbot aller Rüstungsexporte. Ohne jede Ausnahme. Als erste Schritte hin zu diesem Verbot fordern wir vier konkrete Verbote, die sofort umgesetzt werden sollen: 1. ein Verbot des Exports von Kleinwaffen (Sturmgewehre, Maschinenpistolen), 2. ein Verbot des Exports von Waffenfabriken, 3. ein Verbot des Exports von Rüstungsgütern an Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten, und 4. keine staatliche Förderung, Finanzierung oder Absicherung von Rüstungsexporten.

20. Sind Sie der Meinung, dass Wasser weiterhin ein öffentliches Gut sein soll?

Ja. Wasser ist ein Menschenrecht und darf nicht dem Profitdiktat der Märkte überlassen werden. DIE LINKE hat sich von Anfang an an der Mobilisierung des Widerstands gegen die Einbeziehung der Wasserversorgung in der EU-Richtlinie sowohl in den Parlamenten als auch außerhalb der Parlamente stark gemacht. Wir begrüßen es, dass 1,5 Millionen Unterschriften zur ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative (EBI) "Right2Water" geführt haben. Das zeigt, wie wichtig das Thema ist: Die Privatisierung der Daseinsvorsorge und erst Recht bei natürlichen Ressourcen ist der falsche Weg – nicht nur beim Wasser. Allerdings ist weiterhin Skepsis angesagt – bis der Richtlinientext im Detail bekannt ist und auch darüber hinaus. Mit dem aktuellen Richtlinienvorschlag wird immer noch massiv in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen. Vergessen werden darf auch nicht, dass Wasser weiterhin ein Spekulationsobjekt bleiben wird. Mit dem Privatisierungs- und Kürzungswahn der neoliberalen Regierenden in der EU wird die öffentliche Daseinsvorsorge Stück für Stück zum Privatgut multinationaler Konzerne, die statt Gemeinwohlinteressen vor allem Profitmaximierung im Sinn haben.